

1

10

20

30

40

50

„Internationalistische Liste / MLPD“ kandidiert als linke Alternative zur Bundestagswahl 2017

Auf dem Wahlkongress in Berlin-Neukölln beschlossen über 500 Teilnehmer am Sonntag, den 02.10.2016, den Antritt des Internationalistischen Bündnisses zur Bundestagswahl als „**Internationalistische Liste / MLPD**“ mit Listen in allen 16 Bundesländern.

Das Internationalistische Bündnis ist ein **Zusammenschluss gleichberechtigter politischer Kräfte**. Weil das restriktive deutsche Wahlrecht seit 2009 den Antritt solcher Wahlbündnisse verbietet, öffnete die MLPD ihre Liste für das Bündnis. Die Kandidaten dieser gemeinsamen Liste setzten sich aus Vertretern verschiedener Organisationen, engagierten Menschen aus den Protestbewegungen (wie der Jugend-, Frauen- und Umweltschutzbewegung), Arbeitern und Gewerkschaftsvertretern, aber auch Künstlern zusammen.

Migrantenorganisationen und ausländische Parteien beteiligen sich an der Kandidatur, u.a. die **PYD**, deren europäische Vertreterin ein Grußwort hielt. International bekannt wurde die PYD durch die heldenhafte Verteidigung der syrischen Stadt **Kobané** im kurdischen Rojava (Syrien) gegen den religiös-faschistischen Islamischen Staat.

Fortsetzung von Seite 1

1 10 20 30 40 50

Weitere Trägerorganisationen des Bündnisses sind ADHF, AGIF, ATIF, Demokratischer Kongress Palästina, Komala KP Iran, Linkes Forum (LF) im Bergischen Land, MLPD, PFLP, REBELL. **Geflüchtete** bezieht das Bündnis aktiv ein.

Das Internationalistische Bündnis verurteilt die politische Verfolgung von Befreiungskämpfern, z.b. aus der Türkei, in Deutschland. Auf den Landeslisten der „Internationalistischen Liste / MLPD“ kandidieren mehrere politische Häftlinge der ATIF, denen die Merkel/Gabriel-Regierung nach § 129 (b) StGB im Auftrag des Erdogan-Regimes in München den Prozess macht.

Die „Internationalistische Liste / MLPD“ stellt zur Wahl eine tatsächliche und konsequente Alternative dar. Sie fordert u.a. die Abschaffung des § 129 StGB, volle politische Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen und formuliert eine entschlossene linke Kritik an der Merkel/Gabriel-Regierung (s. Grundsätze u. Wahlmanifest). Der Kongress beschloss desweiteren, eine Beteiligung an der NRW Wahl im Mai 2017 zu prüfen.

Berlin, 2016-10-03

Abdruck frei. Belegexemplar erbeten.